

WAFFENEXPORTE

Die Schweiz tötet im Nahen Osten

2014 wurden Handgranaten aus der Schweiz bei einem Anschlag des Daesh in der Türkei eingesetzt, 2015 dann Panzer der Mowag im Jemen-Krieg und zuvor bereits 2011 in Bahrain, als die Proteste der demokratischen Opposition blutig niedergeschlagen wurde: Die Schweiz befeuert durch ihre Waffenexporte kontinuierlich Kriege und undemokratische Regime im Nahen Osten. Von Julien Repond

Seit März 2011 starben im syrischen Bürgerkrieg über eine halben Million Menschen und Millionen mussten ins Exil flüchten. Dasselbe gilt für den Jemen, wo durch die Intervention einer von Saudi-Arabien geführten Koalition Zehntausende Menschen ihr Leben verloren. Wir können auch die Türkei erwähnen und ihren Krieg im syrischen Kurdistan und natürlich Israels gewaltsame Besatzung in Palästina. Neben Krieg im engeren Sinne, wurden verschiedene Proteste der Bevölkerung in der gesamten Region unterdrückt und niedergeschlagen.

Diese katastrophale humanitäre Situation sollte die Schweiz, der Neutralität verpflichtet und Depositarstaat der Genfer Konventionen, eigentlich dazu bewegen, ihre Kriegsmaterialexporte in die kriegführenden und konfliktgeladenen Gebiete einzustellen. Doch die Realität sieht anders aus: Die Hauptakteure der oben genannten Konflikte kaufen sich regelmässig Kriegsmaterial aus der Schweiz.

Bern im Jemen-Krieg

Der Fall Jemen ist beispielhaft. Zwischen 2015 und 2018 exportierte die Schweiz für 22,8 Millionen Franken Kriegsmaterial nach Saudi-Arabien. Hinzu kommen Exporte von «besonderen militärischen Gütern», zum Beispiel von militärischen Trainingsflugzeugen vom Typ Pilatus PC-21 für mehrere hundert Millionen

Franken. Die NGO Control Arms hat die Schweiz wegen diesen Lieferungen an das an mehreren Fronten Krieg führende Land beschuldigt, gegen den 2015 ratifizierten Waffenhandelsvertrag (ATT) zu verstossen. Der Bund rechtfertigt die Exporte damit, dass es sich um Reparaturen gehandelt habe, die Teil der Herstellergarantie gewesen seien. Die Schweiz müsse ein verlässlicher Partner bleiben. Es ist nicht das erste Mal, dass der Bund sich nicht an die gegebenen Verpflichtungen gehalten hat. Im Mai 2015 verhängte er zwar ein Moratorium für Exporte in diese Länder, setzte dieses aber bereits im April 2016 wieder aus.

So exportiert die Schweiz Kriegsmaterial nicht nur nach Saudi-Arabien, sondern auch in mehrere andere Staaten, die an der von Riad geführten Koalition beteiligt sind. Dies gilt insbesondere für die Vereinigten Arabischen Emirate, an welche die Schweiz zwischen 2015 und 2018 für rund 15 Millionen Franken Kriegsmaterial verkauft hat. Die bundeseigene RUAG gründete dort 2016 sogar eine Tochtergesellschaft, um ihre Aktivitäten im Nahen Osten noch weiter auszubauen.

Zum Vergleich: Im Gegensatz zur Schweiz gehen solche Rüstungsexporte einigen anderen Staaten, die sich notabene die Neutralität nicht aufs Banner schreiben, deutlich zu weit. So hat zum Beispiel Deutschland Anfang 2018 jegliche Exporte an die Kriegscoalition von Saudi-Arabien eingestellt.

Waffenexporte stoppen!

Die Exporte von Schweizer Kriegsmaterial sind durch das Kriegsmaterialgesetz (KMG) und die Kriegsmaterialverordnung (KMV) geregelt. Auf Druck der starken Rüstungslobby wurde diese Verordnung in den letzten Jahren mehrfach gelockert. Diese Erosion der Exportkontrolle macht schliesslich die wenigen Zugeständnisse zunichte, die der Bundesrat im Jahr

2009 gemacht hat, nur um die Erfolgchancen der GSoA-Initiative für ein totales Waffenexportverbot zu schmälern.

Seit 2014 ist es wieder möglich Kriegsmaterial in Länder zu exportieren, in denen schwerwiegend und systematisch die Menschenrechte verletzt werden. Das zwingende Ausschlusskriterium für Exporte in Länder mit internen oder internationalen Konflikten wurde übrigens nie angewandt. Zu nennen sind hier zum Beispiel Exporte in die USA (86 Millionen zwischen 2015 und 2018), die massiv in verschiedenen Regionen der Welt militärisch eingreifen.

Und es wird noch schlimmer: Anfang Jahr kündigte der Bundesrat an, dass er bereit sei, einen

nächsten Schritt Richtung weitere Lockerung zu machen: Kriegsmaterial solle künftig auch in Bürgerkriegsländer exportiert werden können (siehe Artikel Seite 8).

Der Gipfel der Heuchelei

Während die Schweiz ungehindert Waffen in den Nahen Osten exportiert, führt sie eine weniger grosszügige Politik, wenn es darum geht, Menschen willkommen zu heissen, die von den Konflikten zur Flucht gezwungen werden – Konflikte, von denen die Schweiz letztendlich profitiert. Im Einklang mit ihrer militärischen Logik steht die Schweizer Armee an die Grenzen, um MigrantInnen aufzuhalten.

Wann endlich werden Menschenleben mehr Gewicht haben als das Portemonnaie der Rüstungsfirmen unseres schönen neutralen Landes? Die GSoA wird den Kampf weiterführen.



GSoA-Aktion in Bern zu den Jahreszahlen der Kriegsmaterialexporte 2017 (Bild: GSoA)

KRIEGSMATERIALFINANZIERUNG

Frieden stiften oder Krieg ermöglichen?

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind gegen ihren Willen über ihre Pensionskassen an Kriegsgeschäften beteiligt. An Alternativen mangelt es jedoch nicht.

Von Silvio Krauss
(Oikokredit deutsche Schweiz)

Investitionen hiesiger Finanzinstitutionen in Waffenproduzenten folgen oft einer eindimensionalen Anlageselektion nach ausschliesslich profitorientierten Kriterien. Sie gefährden damit die nachhaltige Entwicklung in vielen Teilen der Welt und auch das Engagement der neutralen Schweiz im Ausland. Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten sind nicht nötig für den Erfolg von Finanzakteuren, weder in der Schweiz noch international. Was die Initiative zum Verbot von Kriegsgeschäften verlangt, wird von verschiedenen Finanzinstitutionen bereits umgesetzt.

Pioniere einer nachhaltigen Finanzwirtschaft, wie Oikokredit, beweisen seit vielen Jahrzehn-

ten, dass Anlagevermögen zur Finanzierung einer positiven Entwicklung genutzt werden können. Die Nachfrage von Privatpersonen und Institutionen ist in den letzten Jahren angestiegen.

Verantwortung übernehmen

Pensionskassen sind ihren angeschlossenen Unternehmen und ihren Versicherten verpflichtet. Je mehr dieser KundInnen kritisch nachfragen, was mit ihren Geldern passiert, desto mehr bewegt sich. Seit Anfang der Unterschriftensammlung für die Initiative haben bereits einige grosse Pensionskassen auf den Druck ihrer KundInnen oder von kommunalen Initiativen reagiert und ihre Ausschlusskriterien für die Investitionen in Waffen verschärft.

Die Verantwortung für das eigene oder anvertraute Vermögen verlangt eine Entscheidung: welche «Rendite» hat Priorität, die finanzielle, die soziale oder die ökologische? Nachhaltig orientierte AnlegerInnen setzen den sozialen und ökologischen Nutzen vor die finanzielle

Dividende, ohne aber auf Letztere zu verzichten. Konsequente Friedenspolitik heisst auch, auf unethische Investments zu verzichten und sich nicht mit dem Unwissen über die eigenen indirekten Investitionen zufrieden zu geben. Es ist Zeit, zu überprüfen, was deine Bank,

deine Pensionskasse, dein Verein etc. mit dem Geld macht, das du ihm anvertraust. Investiertes Geld hat eine Wirkung. Wir sind überzeugt: statt Kriege zu finanzieren, soll es Nutzen stiften. Jeder kann Frieden schaffen. Täglich. Auch mit seinem Sparguthaben.

Pionier seit 1975: Oikokredit International

56'000 Privatpersonen und Institutionen, welche mittels einer sozial-ethischen Geldanlage bei Oikokredit International investieren, stellen sicher, dass ihr Vermögen nicht bloss eine finanzielle Rendite erwirtschaftet, sondern die bestmögliche soziale und ökologische Wirkung entfaltet. Seit über 40 Jahren finanziert die sozial orientierte Investmentgenossenschaft Oikokredit International Mikrofinanzinstitute, Fair-Trade-Kooperativen und soziale KMU in über 70 Entwicklungsländern.